

AußenwirtschaftsNews – USA

07/2025

Mit unserer monatlichen Veröffentlichung *AußenwirtschaftsNews* informieren wir Sie in kompakter Form über wichtige wirtschaftliche und politische Entwicklungen auf Auslandsmärkten. Die *AußenwirtschaftsNews* gibt es derzeit für unsere Fokus-Regionen USA, Mittel- und Osteuropa sowie China.

1 Konjunktur

- Die Weltbank geht davon aus, dass die US-Wirtschaft in diesem Jahr um 1,4 Prozent wachsen wird. Damit hat sie ihre Prognosen vom Januar um fast einen ganzen Prozentpunkt gesenkt.
- Im Juni wurden in den USA 147.000 neue Arbeitsplätze geschaffen, während die Arbeitslosenquote leicht auf 4,1 Prozent gesunken ist. Die Einstellungszahlen fielen höher aus als erwartet, ein Großteil davon entfiel auf Behörden der Bundesstaaten.
- Die US-Industrieproduktion sank im Mai um 0,2 Prozent. Dies war der zweite Rückgang innerhalb von drei Monaten und beruhte vor allem auf einer geringeren Produktion im Versorgungssektor.
- Die US-Notenbank ließ die Zinssätze unverändert und deutete weiterhin zwei Zinssenkungen im Jahr 2025 an. Vertreter der Fed sagten, die Unsicherheit über die Wirtschaftsaussichten sei zwar immer noch groß, habe aber abgenommen. Sie erwarten für 2025 eine Kombination aus langsamerem Wachstum und höherer Inflation. Konkret senkte die Notenbank ihre BIP-Prognose für 2025 von 1,7 Prozent auf 1,4 Prozent und erhöhte gleichzeitig ihre Prognose für die Kerninflation von 2,8 Prozent auf 3,1 Prozent. Die Fed erhöhte zudem ihre Arbeitslosenprognose leicht von 4,4 Prozent auf 4,5 Prozent.
- Seit Trumps Amtsantritt hat der Dollar gegenüber Euro, Pfund und Schweizer Franken mehr als zehn Prozent seines Wertes verloren und ist gegenüber allen wichtigen Währungen der Welt im Abwärtstrend. Was langjährige Marktbeobachter überrascht, ist die scheinbare Gleichgültigkeit des Trump-Teams gegenüber dem Absturz.
- Analysten senken ihre Schätzungen für die US-Verkäufe von Elektrofahrzeugen in den kommenden Jahren drastisch, da republikanische Abgeordnete und Trump-Beamte Steuergutschriften und Emissionsvorschriften abschafften (Rücknahme der Vorschriften zur Kraftstoffeinsparung und zu Emissionsgrenzwerten, Abschaffung des Verbrauchercredits in Höhe von 7.500 US-Dollar, Kürzung der Mittel für die Ladeinfrastruktur). BloombergNEF schätzt, dass Elektrofahrzeuge im Jahr 2030 27 Prozent der US-amerikanischen Pkw-Verkäufe ausmachen werden, gegenüber fast 48 Prozent in der letztjährigen Version des jährlichen Ausblicks. Pläne zur belasten die Aussichten.

- Amazon Web Services plant, 20 Milliarden Dollar in zwei Rechenzentrumskomplexe in Pennsylvania zu investieren. Gouverneur Josh Shapiro (Demokrat) bezeichnete die Cloud-Computing- und KI-Innovationszentren als „größte private Investition in der Geschichte Pennsylvanias“. Texas Instruments kündigte Pläne für zwei neue Chipfabriken in Texas an und weitete damit seine laufende Expansion der US-Chipproduktion aus.
- Die USA bleiben wichtigster Absatzmarkt für deutsche Maschinen- und Anlagenbauer. Allerdings trüben sich die Wachstumsaussichten wegen der erratischen US-Handelspolitik und daraus resultierenden Unsicherheiten ein. Die Nachfrage aus der Automobilindustrie geht zurück, Chancen bieten aber noch die Pharma- und Halbleiterindustrie. Das geht aus einem aktuellen [Branchenbericht von GTAI](#) hervor.

2 Handels- und Zollpolitik

- Die US-Administration hat die Frist für die Einführung der neuen reziproken Zusatzzölle bis 01. August 2025 verlängert. Damit wird den internationalen Handelspartnern mehr Zeit für eine Einigung mit den USA eingeräumt. Gleichzeitig erhöhte Trump den Druck auf einige asiatische, afrikanische und europäische Länder mit der Androhung konkreter Zollsätze, die ab diesem Tag in Kraft treten sollen. Bis dahin gelten allgemein – auch für Importe aus der EU – weiter die zusätzlichen Basiszölle in Höhe von 10 Prozent.
- Das ifo-Institut hat eine [Kurzstudie](#) veröffentlicht, in der sie die Folgen der US-Zollpolitik auf die industrielle Wertschöpfung der Länder der Bundesrepublik Deutschland bezieht. Die Studie betrachtet drei mögliche Zoll-Szenarien. Die regionalspezifischen Effekte werden im Wesentlichen anhand der Branchenstruktur der Industrie in den Bundesländern berechnet. Insgesamt sind das Saarland, Niedersachsen und Baden-Württemberg am stärksten betroffen, da die Automobilindustrie dort die relativ größte Bedeutung hat. Die Auswirkungen auf Bayern sind nur unwesentlich schwächer. Für Bayern ergibt sich ein mittelfristiger Verlust an industrieller Wertschöpfung zwischen 1,4 Prozent und 2,9 Prozent.
- Die Trump-Regierung treibt weitere Zollerhöhungen voran. Das US-Handelsministerium wird in den nächsten Wochen die Ergebnisse von Untersuchungen in Sektoren bekannt geben, die als sicherheitsrelevant gelten, darunter Halbleiter, Pharmazeutika und kritische Mineralien. Es wird allgemein erwartet, dass die Untersuchungen zu sektorspezifischen Zöllen auf eine Reihe ausländischer Produkte führen werden.
- In den USA gibt es knapp 375 Freizonen (Foreign-Trade Zones, FTZs). Importe in die Freizonen können dort gelagert, ausgestellt, neu verpackt oder be- und verarbeitet werden und bleiben zunächst zollfrei. Erst wenn sie die Zone verlassen und in die USA eingeführt werden, fallen die Zölle an. Unternehmen können Aufträge an US-Kunden just-in-time bedienen, die Zollabwicklung bündeln lassen, ihren Cashflow optimieren und wieder exportieren. Der Logistikfirma Descartes zufolge hat sich das Interesse an den Freizonen seit Ankündigung der Zollerhöhungen im April vervierfacht. Bereits 2023 wurden Waren im Wert von rund 1 Billion Dollar in FTZs verbracht – rund ein Drittel der in die USA importierten Güter. [Hier](#) finden Sie eine Übersicht über die Freizonen.

3 Allgemeine Politik

- Der US-Kongress hat das umfassende Haushaltsgesetz von Präsident Trump („One Big Beautiful Bill“) verabschiedet. Das Gesetz sieht u.a. folgende Maßnahmen vor:
 - Dauerhafte Verlängerung der Steuersenkungen aus der ersten Amtszeit von Trump
 - Befreiung von Trinkgeldern und Überstundenvergütungen von der Bundessteuer
 - Kurswechsel in der Energiepolitik: Streichung der Förderung für Wind- und Solar-energie aus dem Inflation Reduction Act und der Steuervergünstigungen für erneuerbare Energien ab 2027, Einführung neuer Verbrauchssteuern, Subventionen für Kernkraft, Geothermie und Wasserstoff bleiben
 - Rekordinvestitionen in die Einwanderungspolitik: Grenzanlagen, Haftzentren, neue oder höhere Gebühren für Visa, Asylanträge und Arbeitserlaubnisse
 - Investitionen in Militärtechnologien: Raketenabwehrsystem, Schiffbau, nukleare Abschreckung
 - Starke Kürzungen im Sozial- und Gesundheitsbereich
- Das Congressional Budget Office schätzt, dass die Staatsschulden bis 2034 um 3,3 Billionen Dollar zunehmen. Damit steigt die Staatsverschuldung voraussichtlich auf etwa 127 bis 130 Prozent des BIP, so die unabhängige Denkfabrik „Committee for a Responsible Federal Budget“.
- Die US-Administration hat eine Neuausrichtung der amerikanischen Cybersicherheitspolitik beschlossen. Unter anderem müssen Auftragnehmer der Bundesregierung Software-Bescheinigungen künftig nicht mehr durch die Cybersecurity and Infrastructure Security Agency validieren lassen. Das National Institute of Standards and Technology soll mit der Industrie bis Ende Dezember 2025 neue Leitlinien entwickeln. (Quelle: [GTAI](#))
- Die US-Administration ist dabei, die Klima- und Umweltvorschriften für Kraftwerke aus der Biden-Ära abzuschaffen. Mit diesen Maßnahmen will die Regierung eine auf fossilen Brennstoffen basierende Zukunft fördern. Experten erwarten, dass sich die globale Erwärmung und die Luftverschmutzung dadurch verschlimmern.

Ansprechpartner

Eva Apfel

Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-482
eva.apfel@vbw-bayern.de
www.vbw-bayern.de

Christoph Kolle

Leiter des vbw Büros New York

Telefon +1 646 237 0410
christoph.kolle@vbw.com
www.vbw.com

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.